



JOURNAL FOR COMPARATIVE  
GOVERNMENT AND EUROPEAN POLICY

5/2010

Der öffentliche Sektor im internationalen Vergleich  
The Public Sector in Comparative Perspective

14. Jahrgang/  
Volume 14  
Seiten/Pages  
299–436

Herausgegeben von / Edited by Professor Dr. Joachim Jens Hesse, Berlin

*Unter Mitwirkung von / In Cooperation with*

**Rechtswissenschaften / Law:** Prof. Dr. Udo Di Fabio, Bonn | Prof. Dr. Horst Dreier, Würzburg | Prof. Dr. Peter M. Huber, Karlsruhe/München | Prof. Dr. Frank Schorkopf, Göttingen | Prof. Dr. Joachim Wieland, Speyer

**Wirtschaftswissenschaften / Economics:** Prof. Dr. Werner Abelhauser, Bielefeld | Sir Anthony B. Atkinson, Oxford | Prof. Dr. László Csaba, Budapest | Prof. Dr. Jakob de Haan, Amsterdam/Groningen | Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Freiburg

**Staats- und Politikwissenschaften / Political Science:** Prof. Dr. Jan-Erik Lane, Genf/Freiburg | Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Dresden | Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Heidelberg | Prof. Dr. Brendan Simms, Cambridge | Prof. Dr. Uwe Wagschal, Freiburg

**Geschichtswissenschaften / History:** Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Graf, München | Prof. Dr. Harold James, Princeton | Prof. Dr. Dieter Langewiesche, Tübingen | Prof. Dr. Jörn Leonhard, Freiburg | Prof. Dr. Andreas Wirsching, München

## Inhalt / Contents

### Zur aktuellen Situation / Comment

*Werner J. Patzelt*

„Wir schaffen das!“ Doch was schaffen wir – und wie? ..... 299

### Abhandlungen / Analyses

*Kay Hailbronner*

Die Bewältigung großer Migrationsbewegungen und kulturelle Konflikte bei der Integration: Deutschland auf dem Weg zum multikulturellen Staat? ..... 314

*Jochen Oltmer*

Das Aushandeln von Migration: Historische und historiographische Perspektiven... 333

*Herwig Birg*

Die Gretchenfrage der deutschen Demographiepolitik: Erneuerung der Gesellschaft durch Geburten im Inland oder durch Zuwanderungen aus dem Ausland?..... 351

*Sven Simon*

Konturen des kooperativen Verfassungspluralismus in Europa ..... 378

### Forum / Discussion

*Martin Junkernheinrich*

Die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs: ein Erfolg?..... 403

## Kommentierte Buchanzeigen / Book Reviews

<i>Klaus Stern/Michael Sachs (Hg.): Europäische Grundrechte-Charta (GRCh), Kommentar</i> .....	431
<i>Dieter Gosewinkel: Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert</i> .....	432
<i>Andreas Rödder: 21.0 – Eine kurze Geschichte der Gegenwart</i> .....	432
<i>Dieter Grimm: Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie</i>	
<i>Claus Offe: Europa in der Falle</i>	
<i>Brendan Simms/Benjamin Zeeb: Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa</i>	
<i>Frank-Walter Steinmeier: Europa ist die Lösung. Churchills Vermächtnis</i> .....	433
<i>Nicole Deitelhoff/Michael Zürn: Lehrbuch der Internationalen Beziehungen: Per Anhalter durch die IB-Galaxis</i> .....	435
<i>Martin T. H. Rosenfeld/Matthias Gather/Andreas Stefansky (Hg.): Gebiets- und Verwaltungsstrukturen im Umbruch</i> .....	436

### Impressum

**Schriftleitung:** Prof. Dr. Joachim Jens Hesse (V.i.S.d.P.) / Stefanie Haas, M.A.

**Redaktionsanschrift:** Internationales Institut für Staats- und Europawissenschaften (ISE) | Matterhornstrasse 90 | 14129 Berlin | Telefon: 030 / 20 61 399-0 | Fax: 030 / 20 61 399-9 | Mail: zse@internationales-institut.de | www.zse.nomos.de

**Erscheinungsweise:** 4 Ausgaben pro Jahr

**Bezugspreise 2016:** Jahresabonnement incl. Onlinezugang (Privatbezieher) 179,- €, Studentenvorzugspreis (jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung) 139,- €; Institutionspreis 269,- €; Einzelheft 46,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MWSt, zzgl. Vertriebskostenanteil.

**Bestellmöglichkeit:** Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

**Kündigungsfrist:** jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

**Bankverbindung generell:** Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: DE07 6601 0075 0073 6367 51 (IBAN), PBNKDEFF (BIC) oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: DE05 6625 0030 0005 0022 66 (IBAN), SOLADES1BAD (BIC)

**Druck und Verlag:** Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG | Waldseestr. 3-5 | D-76530 Baden-Baden | Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27 | E-Mail nomos@nomos.de

**Anzeigen:** Sales friendly Verlagsgesellschaft | Pfaffenweg 15 | 53227 Bonn | Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820 | E-Mail roos@sales-friendly.de

**Urheber- und Verlagsrechte:** Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages.

Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionstücken keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnenstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

ISSN-Nr. 1610-7780

## Die Gretchenfrage der deutschen Demographiepolitik: Erneuerung der Gesellschaft durch Geburten im Inland oder durch Zuwanderungen aus dem Ausland?

von Herwig Birg

*Das niedrige Niveau der Geburtenrate in Deutschland mit 1,4 Lebendgeborenen je Frau beruht auf einem im internationalen Vergleich hohen Anteil zeitlebens kinderlos bleibender Menschen, während auf die Bevölkerungsgruppe mit Kindern im Durchschnitt seit Jahrzehnten unverändert zwei Kinder je Frau entfallen. Dazu ziehen jedes Jahr mehr Menschen aus dem Ausland zu, als in Deutschland geboren werden. Der Beitrag zeigt, dass Zuwanderung keine Lösung für die demographischen Probleme Deutschlands ist, weil die zugewanderte Population infolge ihrer unter dem Ersatzniveau liegenden Geburtenrate auf Dauer ebenfalls schrumpfen würde. Durch Zuwanderung werden wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Folgen der demographischen Entwicklung sogar verstärkt. Der Aufsatz analysiert die Ursachen dieser Entwicklung, stellt wesentliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen dar und schlägt Maßnahmen für eine verfassungskonforme Demographie- und Sozialpolitik vor. Von gesellschaftspolitischer Tragweite ist, dass das Bundesverfassungsgericht 2001 eine verfassungswidrige Privilegierung der Gruppe kinderloser Menschen durch die Art der Versorgung im sozialen Sicherungssystem feststellte. Obwohl der verfassungswidrige Zustand eine der Ursachen der niedrigen Geburtenrate ist, wurde er von der Politik bis heute nicht abgestellt.*

*Germany's low level of the total fertility rate of 1,4 life births per woman is based on the high share of childless people whereas among people with children the share has on average been at two life births per woman for decades. In addition, the annual number of in-migrations is higher than the annual number of births. This article reveals that migration does not provide an answer to Germany's demographic problems, because in the long run the migrant population would also shrink due to a total fertility rate under replacement fertility. In-migration even reinforces the economic and social impacts of the demographic development. The article analyses the causes of this development, examines economic and social consequences, and proposes a population-oriented social policy in accordance with the constitution. The Federal Constitutional Court's ascertainment of 2001 that the privileged treatment of childless people in the social security system is unconstitutional has socio-political implications. The unconstitutional condition is one of the reasons of the low total fertility rate that politics have not yet remedied.*

## I. Einleitung

Die Schlüsselfrage jeder Gesellschaft mit einer Geburtenrate von deutlich unter zwei Kindern je Frau lautet: Sollen die durch Tod ausscheidenden Mitglieder der Gesellschaft und der schrumpfende Nachwuchs überhaupt durch Geburten im Inland erneuert werden oder lässt sich die Nachwuchssicherung auf Dauer genauso gut mittels Zuwanderungen aus dem Ausland bewerkstelligen?

Es gibt mathematische Beweise, dass die Summe der wirtschaftlichen Belastungen der mittleren Generation durch ihre noch nicht erwerbstätigen Kinder sowie ihre nicht mehr erwerbstätigen Eltern genau dann am niedrigsten ist, wenn jede Frau im Durchschnitt zwei Kinder zur Welt bringt. In diesem Fall sind keine Einwanderungen erforderlich, um die dauernde Schrumpfung der nachwachsenden Generationen und der Gesellschaft als Ganzes zu verhindern. Schon aus diesen Gründen kann die Zuwanderung nicht das beste Mittel zur Lösung der demographischen Probleme Deutschlands sein, zumal auch die nach Deutschland zugewanderten Populationen im Mittel eine Geburtenrate von unter zwei Kindern je Frau haben, so dass die Zugewanderten als Gruppe ohne immer neue Zuwanderungen ebenfalls schrumpfen würden. Mathematische und logische Argumente haben für die Politik in mancher Hinsicht eine geringe oder gar keine Bedeutung. Deshalb wird hier auf die Wiederholung der schon veröffentlichten mathematischen Beweise verzichtet.<sup>1</sup> Stattdessen konzentriert sich der Aufsatz auf eine Reihe zusätzlicher Argumente, die allesamt für eine Erhöhung der Geburtenrate als beste Lösung sprechen.

## II. Ursachen der niedrigen Geburtenrate und der sinkenden Geburtenzahlen sowie politische Gegenmaßnahmen

Europa hat die niedrigste Geburtenrate aller Kontinente, und innerhalb Europas ist es Deutschland, das seit einem halben Jahrhundert einen der untersten Plätze einnimmt. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint dies paradox, denn von den Mitgliedern einer in Wohlstand lebenden Gesellschaft wäre eigentlich zu erwarten, dass sie ihre vergleichsweise reichlichen Ressourcen nicht nur für den Konsum von Gütern, sondern auch zur Erfüllung von Kinderwünschen verwenden, zumal

1 *Birg, H.*: Die alternde Republik und das Versagen der Politik, Berlin u. a., 2015, 141–151; *ders.*: Demographische Stabilität und Generationengerechtigkeit statt kompensatorischer Zuwanderungen, in: ifo-Schnelldienst, 3/68 (2015), 18–22. Die mathematische Ableitung des Beweises ist veröffentlicht bei *Birg, H./Flöthmann, E.-J.*: Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- bzw. Transferquotienten zwischen den Generationen. Studienbericht im Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel“, IBS-Materialien 38, Bielefeld, 1996, hier: 44 ff. Download: <http://pub.uni-bielefeld.de/luur/download?func=downloadFile&recordId=1785189&fileId=2314770>. Siehe auch *Feichtinger, G.*: Demographische Analyse und populationsdynamische Modelle: Grundzüge der Bevölkerungsmathematik, Wien u. a., 1979, 203 f.

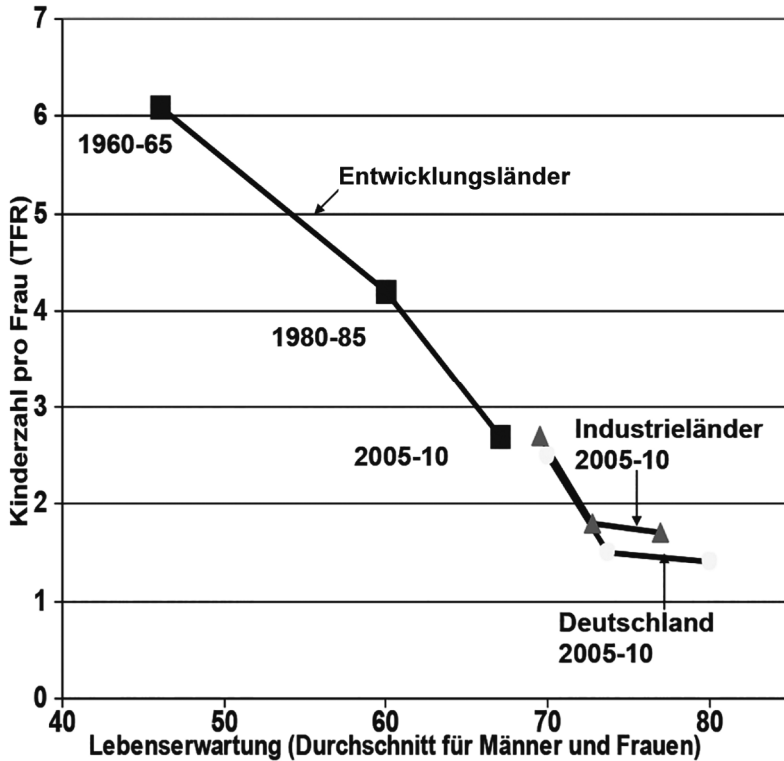
die Weitergabe menschlichen Lebens in unserer christlich geprägten Kultur ein hoher Wert ist, der schwerlich durch einen noch höheren begründet werden kann.

Bei näherer Betrachtung ist der in Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen zu beobachtende gegenläufige Zusammenhang zwischen dem Niveau des Lebensstandards einerseits und der Geburtenrate andererseits jedoch nicht paradox, sondern sogar eher folgerichtig. Es gibt heute keine Gesellschaft mehr, die diesem Zusammenhang entrinnen konnte: Je höher der Entwicklungsstand eines Landes, messbar beispielsweise durch die Lebenserwartung (*Abb. 1* und *Abb. 2*), desto höher sind die entgangenen Einkommen bei einem Verzicht der Frauen auf Erwerbsarbeit zugunsten Familienarbeit und der Erziehung von Kindern (sogenannte *Opportunitätskosten* von Kindern), und desto niedriger ist die Geburtenrate. Auch künftige Steigerungen des Pro-Kopf-Einkommens könnten daher eher eine weitere Abnahme statt eine Erhöhung der Geburtenrate bewirken. Ein aussagekräftiges Beispiel für diese nur auf den ersten Blick paradoxe Logik ist der drastische Rückgang der Geburtenrate nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern von 1,8 auf 0,7 Lebendgeborene je Frau – trotz der gleichzeitigen Vervielfachung des realen Pro-Kopf-Einkommens der Frauen.

Eine differenzierte Erklärung für die mit steigendem Zivilisationsniveau abnehmende Geburtenrate habe ich in meiner biographischen Theorie der Fertilität entwickelt:<sup>2</sup> In Wirtschaftsgesellschaften mit dynamischen Arbeitsmärkten sind die Individuen zu einer hohen beruflichen Mobilität und Flexibilität gezwungen, sie müssen irreversible und mobilitätshemmende biographische Festlegungen, zu denen in erster Linie Bindungen an Lebenspartner oder die lebenslangen Verpflichtungen aus der Elternschaft gehören, vermeiden, wenn sie ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Arbeitsmärkten nicht aufs Spiel setzen wollen. Deshalb wird die Verwirklichung von Kinderwünschen zunächst auf ein höheres Alter aufgeschoben und schließlich aufgegeben. Die auf die Individuen einwirkenden Zwänge zur Anpassung ihrer Biographien an die permanente Dynamik der Arbeitsmärkte und die daraus folgenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sind systemimmanent und ohne einen radikalen Umbau der modernen Wirtschaftsgesellschaften unaufhebbar.

2 Birg, H./Felber, W./Flöthmann, E.-J.: Arbeitsmarktdynamik, Familienentwicklung und generatives Verhalten: Eine biographietheoretische Konzeption für Untersuchungen demographisch relevanter Verhaltensweisen, IBS-Materialien 16, Bielefeld, 1984; Birg, H./Flöthmann, E.-J./Reiter, I.: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion, Frankfurt a. M. u. a., 1991.

Abbildung 1: Demographisch-ökonomisches Paradoxon in Industrieländern, Entwicklungsländern und Deutschland

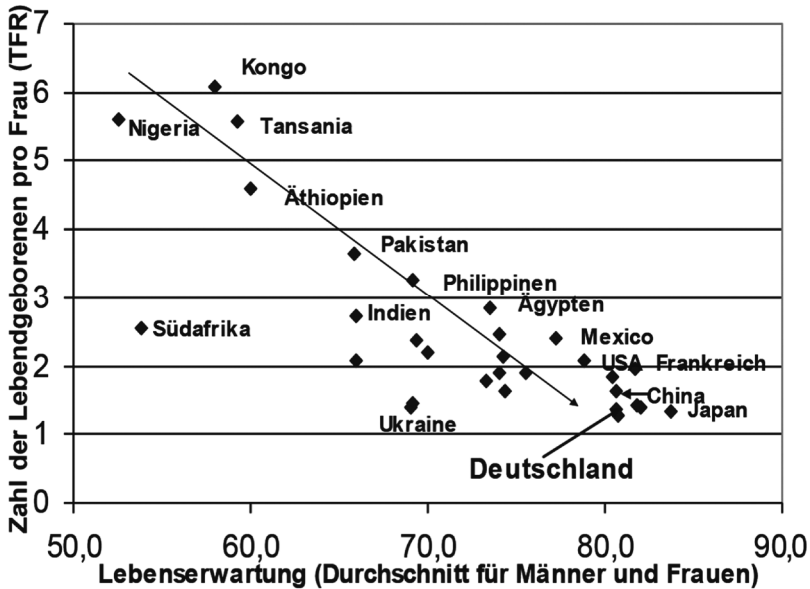


Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Daten der UN Population Division, New York, 2014.

Um auf die gefährlichen Konsequenzen dieses Befundes aufmerksam zu machen, habe ich für den gegenläufigen Zusammenhang zwischen Lebensstandard und Fertilitätsniveau den Ausdruck *demographisch-ökonomisches Paradoxon*<sup>3</sup> verwendet. Wie unaufhaltsam und konsequenzenreich die damit verbundene Entwicklung ist, lässt sich an folgendem Faktum erkennen: Mit dem Anstieg des allgemeinen Entwicklungsniveaus der Weltbevölkerung, messbar beispielsweise durch den Anstieg ihrer Lebenserwartung, sank die Geburtenrate der Weltbevölkerung von 5,0 Lebendgeborenen je Frau im Zeitraum 1960-1965 auf 2,5 im Zeitraum 2005-2010. Die Tendenz ist weiterhin fallend.

3 Zur Begründung des demographisch-ökonomischen Paradoxons als Teil der biographischen Theorie der Fertilität siehe Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, München, 2001, Kapitel 3 bis 5.

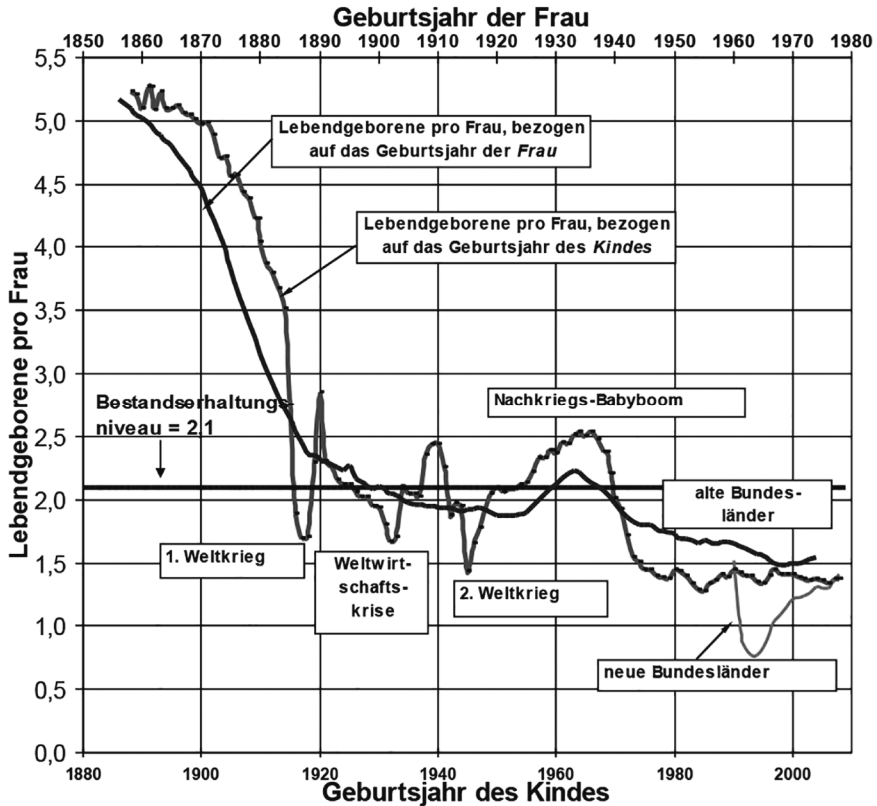
Abbildung 2: Geburtenrate und Lebensstandard (gemessen durch die Lebenserwartung) in den 30 größten Ländern der Welt 2010



Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Daten der *UN Population Division*, a. a. O. Anmerkung: Es sind von den 30 bevölkerungsreichsten Ländern der Welt aus Platzgründen nur einige beispielhaft mit ihren Namen hervorgehoben. Oben links befinden sich die am wenigsten entwickelten, unten rechts die am weitesten entwickelten Länder.

Ist die Geburtenrate in Deutschland in jüngster Zeit wieder gestiegen? Diese Behauptung wurde vom Familienministerium mit Hinweis auf die neuen Daten der Volkszählung von 2011 verbreitet. In der Fachdemographie wird die Geburtenrate auf zwei verschiedene Weisen berechnet. Zum einen wird sie für die einzelnen Kalenderjahre ermittelt (= *Total Fertility Rate*, TFR), zum anderen getrennt für jeden Geburtsjahrgang der Frauen (= *Completed Fertility Rate*, CFR). Wenn man mit demographischen Analysen und Methoden nicht vertraut ist, kann man den Sinn und die große Bedeutung dieser beiden grundlegenden und grundverschiedenen Messkonzeptionen, die Methode der Querschnittanalyse (*Total Fertility Rate*) und die Methode der Längsschnittanalyse (*Completed Fertility Rate*), nicht ohne weiteres nachvollziehen. Da beide Messmethoden für Deutschland das gleiche Ergebnis erbringen – ein klarer langfristiger Abnahmetrend der Geburtenrate (Abb. 3) –, kann hier auf einen Exkurs über Methodenfragen der Fertilitätsmessung verzichtet werden.

Abbildung 3: Der langfristige Abnahmetrend der Geburtenrate im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland von 1890-2010



Quelle: Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, 4. Aufl., München, 2005. Aktualisiert mit Daten des Statistischen Bundesamtes für die Geburtsjahrgänge 1962-1974.

Beiden Definitionen der Geburtenrate ist gemeinsam, dass sie als Bruch mit Zähler und Nenner berechnet werden. In beiden Fällen steht im Zähler die Zahl der lebend geborenen Kinder, im Nenner die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (Altersjahre 15 bis 50). Bei der letzten Volkszählung von 2011 stellte sich heraus, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter deutlich niedriger ist als zuvor vom Statistischen Bundesamt mit der Methode der Bevölkerungsfortschreibung für das Jahr 2011 berechnet worden war. Die Methode der Bevölkerungsfortschreibung geht bei der Berechnung der Bevölkerungszahl für ein bestimmtes Kalenderjahr von den Zahlen der lange zurückliegenden letzten Volkszählung von 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten) aus. Seit der Volkszählung von 1987 bzw. 1990 sind viele



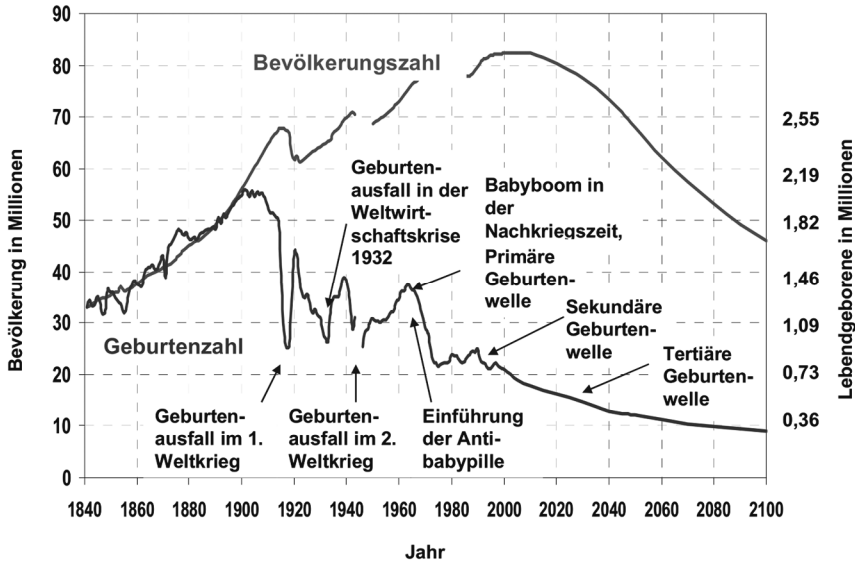
der aus dem Ausland zugezogenen Frauen und Männer wieder ins Ausland zuröckgekehrt, ohne dass sich alle bei den Meldeämtern abmeldeten. Deshalb waren Hunderttausende bis zum Jahr 2010 immer noch in den amtlichen Bevölkerungszahlen enthalten, obwohl sie nicht mehr hier lebten. Um diesen Fehler zu beseitigen, wurde die Zahl der Frauen im Nenner der Geburtenrate nach unten korrigiert. Die Verkleinerung des Nenners erhöht automatisch den Wert des Bruches, also die Geburtenrate. Dass die so korrigierte Geburtenrate trotzdem zwischen 2010 und 2013 auf dem Niveau von 1,37 unverändert blieb, widerspricht der vom Familienministerium behaupteten Trendwende der Geburtenrate.

Auch das Jahr 2014 weist mit 1,47 Lebendgeborenen pro Frau bzw. 1,42 bei Müttern mit deutscher Staatsangehörigkeit nur eine geringfügig höhere Geburtenrate auf als das Jahr 2010 vor der letzten Volkszählung (1,37). Der geringe Anstieg bedeutet keine Erhöhung der Geburtenrate, die als Änderung des Fortpflanzungsverhaltens und als Trendwende interpretiert werden könnte, denn die Geburtenrate schwankt schon seit Jahrzehnten in dem Intervall zwischen 1,2 und 1,4 Lebendgeborenen pro Frau, und auch die Geburtenrate des Jahres 2014 liegt innerhalb dieses Korridors. Um von einer Trendwende sprechen zu können, müsste die Geburtenrate mehrere Jahre hintereinander zunehmen und auf beispielsweise 1,6 oder mehr ansteigen, was jedoch nicht der Fall ist. Im Jahr 2015 nahm die Geburtenrate der Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit geringfügig von 1,42 auf 1,43 Lebendgeborene je Frau zu, die der ausländischen Frauen stieg stärker, und zwar von 1,86 auf 1,95. Für Deutschland insgesamt ergab dies einen Anstieg von 1,47 auf 1,50, was keine Trendwende bedeutet, zumal die Geburtenrate 2015 in Brandenburg und Niedersachsen sank. Unter den Bundesländern hatte 2015 Sachsen mit 1,59 die höchste, das Saarland mit 1,38 die niedrigste Geburtenrate.

Dass die *absolute* Geburtenzahl in letzter Zeit anstieg, ist erst recht kein Beleg für einen Wandel des Fortpflanzungsverhaltens oder eine Trendwende. Denn der Anstieg von 682.000 Lebendgeborenen im Jahr 2013 auf 715.000 im Jahr 2014 bzw. 738.000 im Jahr 2015 beruht darauf, dass die jetzt geborenen Enkel der Babyboomer (= geburtenstarke Jahrgänge der 1960er Jahre mit damals mehr als einer Million Geburten pro Jahr) aufgrund ihrer zahlreichen Großeltern naturgemäß ebenfalls etwas zahlreicher sind als die anderer Jahrgänge. Weil es sich bei den Babyboomern um große Jahrgänge handelt, brachten sie viele Kinder zur Welt, und ebenso ist es bei deren Kindern, den heute geborenen Enkeln. Es handelt sich hier um eine typische demographische Wellenbewegung: Viele Eltern = viele Kinder = viele Enkel = viele Urenkel usw., wobei zu beachten ist, dass die Höhe der Wellenberge von Generation zu Generation stark abnimmt (*Abb. 4*). Daher wird

schon ab 2020 die absolute Geburtenzahl trotz der in ihr enthaltenen Nachkommen der Babyboomer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wieder stark abnehmen, worauf auch das Statistische Bundesamt dankenswerter Weise deutlich hinweist,<sup>4</sup> ohne dass dies von Politik und Medien zur Kenntnis genommen wird.

Abbildung 4: Anzahl der Einwohner und der Lebendgeborenen in Deutschland von 1841-2010 mit Vorausberechnungen bis 2100



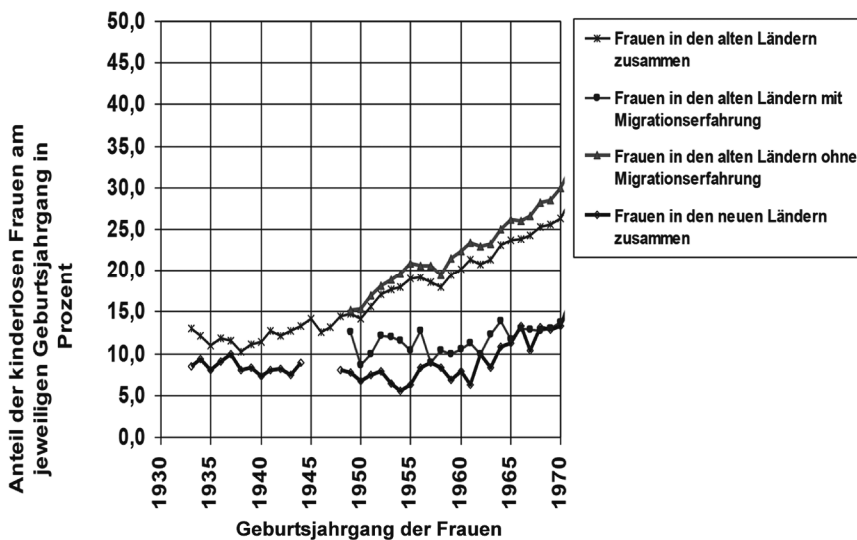
Quelle: Birg, H.: Die alternde Republik, a. a. O., 15. Einwohnerzahl: von 1841-1999: Bevölkerung am 31.12. des Jahres; von 2000-2100: mittlere Bevölkerung des Jahres. Gebiet: von 1841-1943: Reichsgebiet; von 1946-1990: Deutschland insgesamt (BRD und DDR). Datenquelle für 1841-1999: Statistisches Bundesamt. Datenquelle für 2000-2100: Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, a. a. O., Kapitel 7.3.

Eine höhere Geburtenrate in Deutschland und Europa sollte aus zwei völlig unterschiedlichen Gründen angestrebt werden. Erstens gilt es, die demographische Schrumpfung der europäischen Länder zu stoppen, um das politische und wirtschaftliche Gewicht Europas im Prozess der Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs zu bewahren. Zweitens wird das oberste Verfassungsprinzip jeder Demokratie – die Gleichheit aller vor dem Gesetz – verletzt, denn durch die niedrige Geburtenrate – genauer: durch den extrem hohen und weiter steigenden Anteil der Menschen an einem Jahrgang, der zeitlebens kinderlos bleibt – spaltet

4 „Nach 2020 wird die Zahl der Frauen zwischen 26 und 35 Jahren allerdings voraussichtlich deutlich schrumpfen, wodurch ein erneutes Geburtentief entstehen kann“, nach Statistisches Bundesamt: Geburtenzahl durch demografische Entwicklung vorgezeichnet, in: IM FOKUS, v. 21.08.2015.

sich die Gesellschaft immer weiter in zwei Teilgesellschaften mit bzw. ohne Nachkommen. Dabei werden kinderlose Menschen in einer den Gleichheitsgrundsatz verletzenden Weise dadurch privilegiert, dass ihnen praktisch die gleichen Rechte auf Versorgung im Alter zustehen, ohne Kinder erzogen zu haben, deren spätere Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erst die Voraussetzung dafür bilden, dass auch die kinderlos gebliebenen Menschen im Alter mitversorgt werden können.

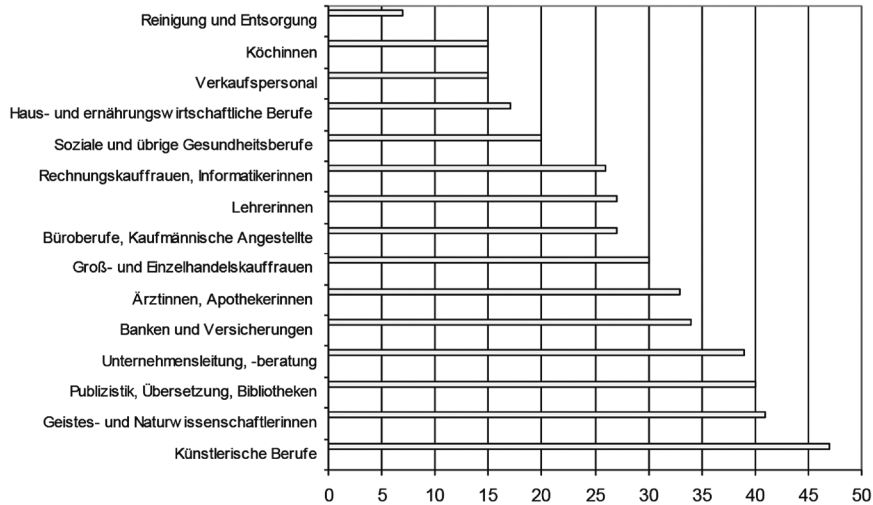
Abbildung 5: Anteil der kinderlosen Frauen an den Geburtsjahrgängen in Deutschland in Prozent (untergliedert nach Bevölkerungsgruppen)



Quelle: Birg H.: Die alternde Republik, a. a. O., 46.

Die in der Öffentlichkeit immer noch weitgehend unbekannteste Hauptursache der niedrigen Geburtenrate besteht darin, dass in den vergangenen Jahrzehnten der Prozentanteil der zeitlebens kinderlos bleibenden Frauen (und Männer) an den verschiedenen Jahrgängen von weniger als 10% beim Jahrgang 1935 auf ein Viertel (Gesamtdeutschland) bis ein Drittel (alte Bundesländer) beim Jahrgang 1970 zugenommen hat. Der Anteil kinderloser Menschen ist bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich, am größten ist er bei den nicht zugewanderten Frauen in den alten Bundesländern (über 30%). Bei den Frauen in den neuen Bundesländern und bei den Frauen mit Migrationshintergrund ist dieser Anteil nur halb so groß wie bei den deutschen Frauen im Westen (Abb. 5). Dabei bleiben Frauen mit hoher beruflicher Qualifikation bis zu zehnmal häufiger kinderlos als gering Qualifizierte (Abb. 6).

Abbildung 6: Anteil kinderloser Frauen zwischen 35 und 49 Jahren nach beruflichen Tätigkeiten in Prozent



Quelle: Birg, H.: Die alternde Republik, a. a. O., 50. Daten: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

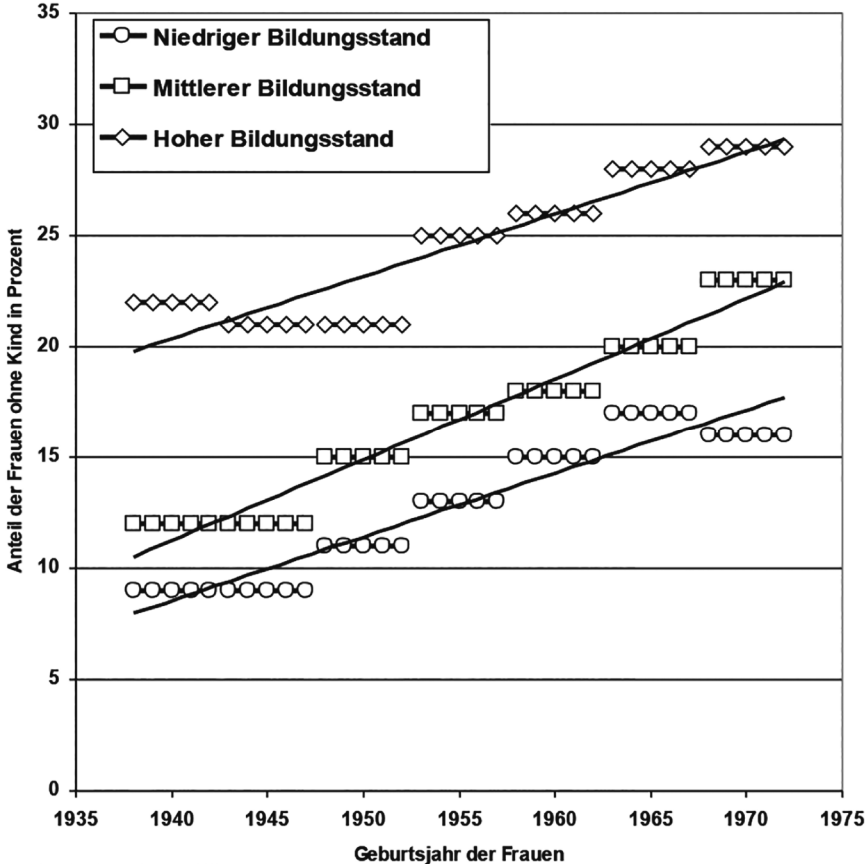
Wichtig ist, dass bei allen Berufsgruppen, sowohl bei den niedrig- und mittelqualifizierten als auch bei den hochqualifizierten Frauen, ein kontinuierlicher Trend zu höherer Kinderlosigkeit feststellbar ist (Abb. 7).<sup>5</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die allgemeine Kinderlosigkeit mit dem weiteren Anstieg des allgemeinen beruflichen Qualifikationsniveaus zunehmen wird, so dass die Erwartung einer Trendwende der Geburtenrate unbegründet ist.

Von entscheidender gesellschaftspolitischer Bedeutung ist der Befund, dass die Geburtenrate bei derjenigen Gruppe von Menschen, die überhaupt Kinder haben – trotz des allgemeinen Trends zu steigender Kinderlosigkeit –, seit Jahrzehnten konstant ist und auch heute noch den idealen Wert von rund zwei Kindern je Frau hat.<sup>6</sup> Der Gesamtdurchschnitt der Geburtenraten von Null bei den Kinderlosen und von zwei Kindern je Frau bei der Bevölkerungsgruppe mit Kindern beträgt in Deutschland seit Jahrzehnten rund 1,4 Lebendgeborene pro Frau. Dieses niedrige Gesamtniveau der Geburtenrate beruht in erster Linie auf dem großen Anteil kinderloser Menschen an der Gesamtbevölkerung und wesentlich weniger darauf, dass die Zahl großer Familien mit drei, vier oder mehr Kindern abnahm (Tab. 1).

5 Birg, H.: Die alternde Republik, a. a. O., 42–51.

6 Statistisches Bundesamt (Hg.): Geburtstrends und Familienstatus in Deutschland, Wiesbaden, 2013, Tab. 1.3 und A1.

Abbildung 7: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs nach höchstem beruflichem oder allgemeinem Bildungsabschluss in den alten Bundesländern



Quelle: Birg, H.: Die alternde Republik, a. a. O., 48.

Die in Tab. 1 dargestellten Fakten zeigen zweierlei: Erstens ist die Ein-Kind-Familie *nicht* die typische Familienform in Deutschland, am häufigsten ist nach wie vor die Zwei-Kind-Familie. Zweitens ist der Anstieg der Kinderlosigkeit rein quantitativ von größerer Bedeutung für die niedrige Geburtenrate als der Rückgang des Anteils der großen Familien. Deshalb kann die abnehmende Zahl großer Familien nicht als Hauptursache der niedrigen Geburtenrate interpretiert werden. Damit Eltern viele Kinder haben können, müssen sie zuvor ein erstes Kind zur Welt gebracht haben, d. h. der Schritt zur Elternschaft ist die entscheidende Bedingung für die Existenz von großen Familien.

Tabelle 1: Prozentanteil der Frauen nach der Zahl ihrer Kinder

Jahrg. (Alter 2012)	0 Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder u. m.	Ohne Angaben
1968-1972 (40-44)	22,4	23,0	34,2	11,0	4,2	5,2
1963-1967 (45-49)	20,0	23,2	35,4	11,4	4,2	5,7
1958-1962 (50-54)	17,6	22,7	37,9	12,5	4,8	4,5
1953-1957 (55-59)	15,9	24,3	39,4	12,4	5,2	2,8
1948-1952 (60-64)	13,9	26,7	39,5	13,1	5,3	1,5
1943-1947 (65-69)	11,8	26,2	40,2	14,4	6,3	1,1
1937-1942 (70-75)	11,4	22,9	37,1	17,4	10,2	0,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach *Statistisches Bundesamt*: Daten zu Geburten, Kinderlosigkeit und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2012, Wiesbaden, 2013, Tab. 3.1.

Wenn potenzielle Eltern den Schritt zur Elternschaft durch ein erstes Kind wagen, dann ist die Wahrscheinlichkeit für ein zweites Kind und für weitere Kinder relativ hoch.<sup>7</sup> Die wirksamste Maßnahme für eine Steigerung der Geburtenrate besteht deshalb in einer Verringerung der lebenslangen Kinderlosigkeit, nicht in einer Erhöhung der Kinderzahl in Familien, die schon Kinder haben bzw. in einer einseitigen Förderung großer Familien. Wesentlich ist, dass politische Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate nach der Kinderzahl der Zielgruppe differenziert und in ihrer Art und Intensität unterschiedlich ausgestaltet werden, wobei den Maßnahmen für die Zielgruppe der (noch) Kinderlosen die größte Bedeutung zukommt. Dieser entscheidende Grundsatz jeder Familien- und Demographiepolitik blieb bisher in Deutschland völlig unbeachtet, es kann daher nicht verwundern, dass die Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmen auf die Geburtenrate außerordentlich gering sind.

Jede familienpolitische Maßnahme zur Erhöhung der Geburtenrate hat bei den beiden Gruppen von Menschen mit bzw. ohne Kinder nachweisbar unterschiedliche Wirkungen. Der Verfasser hat beispielsweise die Auswirkungen des in Deutschland 1986 eingeführten Erziehungsgeldes sowie die Auswirkungen der Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung der Eltern auf die Geburtenrate bestimmter Frauenjahrgänge empirisch analysiert und dabei festgestellt: (1) Die Wirkungen dieser Maßnahmen auf die Geburtenrate waren umso größer, je mehr Kinder die betreffenden Frauen bereits hatten. (2) Die Wirkungen hielten

<sup>7</sup> Zur empirischen Wirkungskontrolle familienpolitischer Maßnahmen siehe *Birg, H.*: Die demographische Zeitenwende, 2005, a. a. O., 78 f.

nur wenige Jahre an, danach waren sie nicht mehr empirisch nachweisbar. (3) Bei (noch) kinderlosen Frauen (und Männern) hatten die Maßnahmen überhaupt keine empirisch nachweisbare Wirkung auf die Wahrscheinlichkeit für den Übergang in die Elternschaft durch die Geburt des ersten Kindes.<sup>8</sup>

Neue familienpolitische Maßnahmen werden von der Bevölkerung meist schon nach wenigen Jahren als etwas Selbstverständliches empfunden, ihre Wirkung erwies sich in allen Ländern, für die derartige Untersuchungen vorliegen, nur von kurzer Dauer. In der früheren DDR, die in den 1970er Jahren eine Reihe von geburtenfördernden Maßnahmen einführt, stieg die Geburtenzahl pro Frau in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zunächst sprunghaft an, fiel aber in den 1980er Jahren wieder auf das frühere Niveau zurück. Ähnliche Erfahrungen wurden in anderen Ländern des früheren Ostblocks und in westeuropäischen Ländern gemacht.<sup>9</sup>

Wie oben dargestellt, ist die Geburtenrate in Ländern mit hoher wirtschaftlicher Dynamik und hohem Lebensstandard am niedrigsten. Dies beruht auf den Widersprüchen zwischen den Anforderungen an die Individuen zu ständiger Mobilität und Flexibilität einerseits und den Tugenden der Bindungstreue und der verantworteten Elternschaft andererseits. Um diese Widersprüche zu entschärfen, sollte – neben allen anderen demographie- und familienpolitischen Maßnahmen für eine bessere Vereinbarung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit, die ich in meinem letzten Buch dargestellt habe<sup>10</sup> – die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch Einführung eines zielorientierten Handlungsprinzips neu ausgerichtet werden: In Deutschland werden jedes Jahr viele Millionen Arbeitsplätze neu besetzt, dabei sollten *unter den fachlich gleich gut qualifizierten Bewerbern* diejenigen Vorrang genießen, die Kinder erziehen und Familienlasten tragen.

Dieses Vorrangprinzip widerspricht *nicht* dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung, denn der Gleichheitsgrundsatz fordert nicht alles gleich zu behandeln, sondern Gleiches gleich und Ungleiches unterschiedlich. Die vorgeschlagene neue Handlungsmaxime lässt sich zwar rechtlich nur schwer umsetzen, aber das ist nicht entscheidend, denn sie würde dennoch zu sonst nicht erreichbaren Verhaltens- und Bewusstseinsänderungen und zu einer realistischeren Einschätzung der demographischen Voraussetzungen des ökonomischen Erfolgs führen.

8 Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, 2005, a. a. O., 78–80, hier insbes. Schaubilder 10 und 11.

9 Vortmann, H.: Wirkungen der Bevölkerungspolitik auf die Geburtenentwicklung in den kleineren europäischen RWG-Ländern, in: Birg, H./Kaufmann, F.-X. (Hg.): Bevölkerungswissenschaft heute. Kolloquium anlässlich des 10jährigen Jubiläums des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, IBS-Materialien 33, Bielefeld, 1992, 33–65.

10 Birg, H.: Die alternde Republik, a. a. O., 203 ff.

Fasst man die Befunde zusammen, so ergibt sich folgendes Fazit: Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend in Menschen mit bzw. ohne Kinder. Bei den jüngeren Jahrgängen bleiben rund ein Viertel bzw. ein Drittel der Frauen kinderlos. Bei der Gruppe der Frauen mit Kindern hat die Geburtenrate jedoch seit Jahrzehnten unverändert den idealen Wert von rund zwei Kindern pro Frau. Diese Polarisierung der Bevölkerung in zwei Gruppen mit bzw. ohne Kinder ist in Deutschland im internationalen Vergleich besonders stark, und sie vertieft sich weiter. Dies ist der entscheidende Grund, warum die durchschnittliche Geburtenrate der Gesamtbevölkerung deutlich niedriger ist als beispielsweise in Frankreich, wo die lebenslange Kinderlosigkeit nur etwa halb so hoch ist wie in Deutschland.

### III. Das Versagen der Politik

Die höchstrichterliche Rechtsprechung stellte fest, dass die umlagefinanzierte gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung kinderlose Menschen zu Lasten der Familien mit Kindern privilegiert. Der von der Politik ignorierte verfassungswidrige Zustand zerstört den sozialen Frieden und stellt die verfassungsmäßige Ordnung als Ganzes in Frage. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Pflegeversicherung vom 03.04.2001 (und davor schon im sogenannten *Trümmerfrauenurteil* vom 07.07.1992) eine Beendigung der Privilegien kinderloser Menschen mittels einer Generalreform des gesamten Systems der gesetzlichen Sozialversicherung gefordert.

Grundlage des Urteils zur Pflegeversicherung ist die Feststellung des Gerichts, dass die Erziehung von Kindern als der entscheidende, sogenannte *generative Beitrag* zur gesetzlichen Sozialversicherung zu bewerten ist, ohne den die *monetären* Beitragszahlungen keine Versorgung bieten können, weil monetäre Beiträge immer nur von den Kindern, die zu Beitragszahlern nachwachsen, entrichtet werden können. Wegen des großen Umfangs der geforderten Reformataufgaben hat das Bundesverfassungsgericht der Politik eine Frist bis zum Jahr 2004 gesetzt.

Durch dieses geschichtsträchtige Urteil hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur den Weg zur Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit gegenüber den Familien mit Kindern und zur Wahrung des fundamentalen Gleichheitsprinzips der Verfassung freigemacht. Es hat damit zugleich die entscheidende Voraussetzung für die Wiedererlangung einer höheren Geburtenrate geschaffen. Diese historische Chance wurde von der Politik zerstört, indem sie das Urteil bis heute ignoriert.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Die Anhebung der Beitragssätze zur Pflegeversicherung für Kinderlose stellt keine Umsetzung des Urteils dar, denn sie ist zum einen zu gering, um wirksam zu sein, zum anderen ungerecht, denn die höheren



Eine erneute, wichtige Chance für die Neuausrichtung der Politik könnte sich aus einem weiteren Rechtsstreit vor dem Bundessozialgericht in Kassel im Herbst 2015 ergeben. Das Bundessozialgericht (BSG) hatte in einem Prozess folgende Frage zu prüfen: Ist der Vorteil, den Familien mit Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung auf Grund der betragsfreien Mitversicherung ihrer Kinder genießen, so beträchtlich, dass eine Kompensation ihrer Erziehungslasten in Form einer Reduzierung ihrer Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht gerechtfertigt wäre? Das BSG wies in seinem Urteil vom 30.09.2015 das diesbezügliche Begehren der Kläger ab.<sup>12</sup>

Die in dem Urteil enthaltene Begründung verstößt gegen die einfachsten Prinzipien der Logik und zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Unkenntnis im Hinblick auf die von den Klägern dargelegten Sachverhalte aus. Deshalb haben die Kläger gegen das Urteil eine Anhörungsrüge mit dem Ziel des Wiedereintritts in die mündliche Verhandlung erhoben. Begründung: Das Gericht habe den Anspruch der Kläger auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt, indem es die Sachargumente der Kläger ignorierte. Der Vorgang wird wahrscheinlich vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verhandelt werden. Dann muss sich zeigen, ob das Bundesverfassungsgericht seine im Urteil zur Pflegeversicherung zugrunde gelegte Begründung weiterhin vertritt. Wegen der Bedeutung des Sachverhalts sollen hier die wesentlichen Kritikpunkte an dem Kasseler Urteil zusammengefasst werden:

(a) Die Richter ignorieren in ihrem Urteil die Tatsache, dass Familien aus der beitragsfreien Mitversicherung ihrer Kinder in der gesetzlichen Krankenversicherung *gar keine Vorteile gegenüber kinderlosen Menschen ziehen können*, weil die beitragsfreie Gesundheitsversorgung allen Kindern zugute kommt, und zwar auch jenen, die in ihrem späteren Leben selbst keine Kinder haben. Da alle kinderlosen Menschen die gleichen Vorteile genießen wie die Menschen mit Kindern, entbehrt die Behauptung einer Besserstellung durch die beitragsfreie Mitversicherung jeder logischen Grundlage.

(b) Bei älteren Menschen sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit rund zehnmal höher als bei jungen, und ihre Einzahlungen in die gesetzliche Krankenversicherung decken bei weitem nicht die für sie geleisteten Gesundheitsausga-

Beiträge müssen auch von den Kinderlosen entrichtet werden, die später Kinder zur Welt bringen, ohne dass diese Eltern die höheren Beiträge später zurückerhalten.

12 Über das Urteil berichtet die Pressestelle des Bundessozialgerichts im Terminbericht Nr. 42/15 v. 01.10.2015.

ben.<sup>13</sup> Die Differenz wird von den Beitrags- bzw. Steuerzahlungen der nachrückenden jüngeren Menschen ausgeglichen, also von den Nachkommen jener Menschen, die Kinder – die späteren Beitragszahler – großgezogen und ihren *generativen Beitrag* geleistet haben. Auf diese Weise profitieren die kinderlos gebliebenen Menschen im Alter von Beitragszahlern, ohne deren Erziehungslasten mitgetragen zu haben. Dabei sind die Belastungen der Kinderlosen durch höhere Steuersätze von vergleichsweise geringem Gewicht, zumal Eltern zusätzlich noch durch die Renten- und Pflegeversicherung benachteiligt werden.<sup>14</sup>

(c) So wie bei der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder in der gesetzlichen Krankenversicherung wird generell beim Vergleich zwischen Menschen mit und ohne Kinder der entscheidende Punkt übersehen: Auch, wenn ein Teil der Kinder in ihrem späteren Leben selbst kinderlos bleibt, so kommen doch alle Menschen in ihrer Lebensphase als Kinder in den Genuss der Vorteile der Familienförderung, wie hier am Beispiel der Gesundheitsleistungen dargestellt wurde. Die sogenannten *Fördermilliarden* für Familien werden jedoch üblicherweise immer nur den Familien als Vorteile zugerechnet, nicht den Kinderlosen, obwohl ihnen als Kinder der gleiche Nutzen aus der Familienförderung zuteil wurde. Wenn diese Überlegung berücksichtigt wird, löst sich die in der Öffentlichkeit diskutierte sagenhafte Summe von jährlich 200 Mrd. € Förderleistungen für Familien, von denen angeblich die Familien und nicht die Kinderlosen profitieren, in Nichts auf. Im Übrigen ist die Summe von 200 Mrd. € pro Jahr völlig überhöht, denn tatsächlich sind es nur rund 50 Mrd. €, wie sogar das Familienministerium eingeräumt hat, das die Zahl von 200 Mrd. € in die Welt setzte.<sup>15</sup>

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland wäre nicht nur das stabilste und sicherste, sondern auch das gerechteste Rentensystem der Welt, wenn folgende beiden Bedingungen erfüllt sind: Erstens muss die Geburtenrate rund zwei Kinder pro Frau betragen. Liegt sie wie in Deutschland seit Jahrzehnten bei 1,4, wird die Rentenversicherung funktionsunfähig, weil die Zahl der

13 Niehaus N.: Auswirkungen des Alters auf die Gesundheitsausgaben, WIP-Diskussionspapier 5/06, Version 2, Köln, 2006; ders.: Die Situation der Familien in der Gesetzlichen Krankenversicherung, Vortrag auf der Fachtagung des Familienbundes der Katholiken, Mannheim, 23.03.2013.

14 Zur Benachteiligung der Familien mit Kindern beispielsweise in der gesetzlichen Rentenversicherung siehe Werding, M.: Familien in der gesetzlichen Rentenversicherung: Das Umlageverfahren auf dem Prüfstand, Gütersloh, 2015.

15 Der Deutsche Familienverband hat in einer Studie nachgewiesen, dass es sich bei Dreiviertel der 200 Mrd. € um gar keine Familienförderung i. e. S. handelt. Dies wird vom Familienministerium eingeräumt: „Nur 55,4 Milliarden € und damit nur ein gutes Viertel des Gesamtpaketts sind laut Ministeriumsrechnung Familienförderung im engeren Sinne.“ Nachzulesen in *Deutscher Familienverband (Hg.): Was steckt hinter den Fördermilliarden für Familien?*, Berlin, 2014, 2. Siehe auch unter [www.deutscher-familienverband.de](http://www.deutscher-familienverband.de).

Beitragszahler schrumpft und die der Rentner wächst. Zweitens: Wenn die Kinderzahl pro Frau *nur im Durchschnitt* bei zwei liegt, wobei ein Teil der Gesellschaft Kinder hat und der andere kinderlos bleibt, dann ist zwar die erste Bedingung erfüllt, d. h. die Schere zwischen Beitragszahlern und Rentnern öffnet sich nicht und die Funktionsfähigkeit der Rentenversicherung besteht weiter, aber dann ist das Gerechtigkeitsziel verletzt, weil die Menschen ohne Nachkommen im Alter von den Nachkommen anderer Menschen mitversorgt werden müssen, und zwar unbeschadet der Belastung der Kinderlosen durch höhere Steuersätze u. ä., und unbeschadet der Tatsache, dass manche Menschen freiwillig, andere gegen ihren Willen infolge von Schicksalsschlägen kinderlos bleiben. Entsprechendes gilt für die Kranken- und Pflegeversicherung.

#### IV. Konsequenzen des Politikversagens

Indem die Politik die Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach einer verfassungsgemäßen Reform der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung missachtet, verhindert sie die Wiedergewinnung einer stabilen demographischen Basis der Gesellschaft, denn mittels einer verfassungsgemäßen Reform des sozialen Sicherungssystems durch eine Beseitigung der Privilegien kinderloser Menschen würde die Geburtenrate mit großer Wahrscheinlichkeit wieder ansteigen. Welches politische Ziel könnte sinnvoller sein, als das oberste Verfassungsprinzip – die Gleichheit aller vor dem Gesetz – zu erfüllen und damit gleichzeitig eine nachhaltige, den Wohlstand langfristig sichernde Bevölkerungsentwicklung einzuleiten? Aber statt Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate auch nur in Erwägung zu ziehen, kompensiert die Politik die im Inland fehlenden Geburten systematisch durch Einwanderungen aus dem Ausland. Dies führte dazu, dass die jährliche Zahl der Zuwanderungen seit Jahrzehnten die gleiche Größenordnung hat oder sogar meist größer ist als die jährliche Geburtenzahl im Inland (*Tab. 2*).

Aber auch bei der zugewanderten Bevölkerung liegt die Geburtenrate unter dem für die Bestandserhaltung erforderlichen Niveau von rund zwei Kindern pro Frau; nach den neuen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind es 1,8 für 2014. Deshalb würde auch die Gruppe der Zugewanderten ohne immer neue Zuwanderungen schon nach etwa 10 Jahren, wenn die Wirkungen ihrer jungen Altersstruktur erschöpft sind, ebenfalls zu sinken beginnen. Da nicht geborene Eltern keine Kinder haben, ist der Abwärtstrend ein sich selbst tragender Prozess, durch den Deutschland von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer stärker von Zuwanderungen abhängig wurde. Deutschland kann jetzt nicht mehr wählen, ob es ein Einwanderungsland sein will oder nicht. Trotzdem lehnen alle im Bundestag vertretenen

Parteien eine Politik zur Geburtenförderung ab – ohne es für nötig zu erachten, dies öffentlich zu diskutieren und zu begründen. Offensichtlich fürchten sie sich davor, mit der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik in Verbindung gebracht zu werden, was zwar als Haltung sehr verständlich ist, aber kein Ersatz für eine Begründung.

*Tabelle 2: Zahl der Lebendgeborenen und der Zuwanderungen aus dem Ausland von 1970-2014*

Jahr	Lebendgeborene	Zuwanderungen
1970	1.047.737	1.042.760
1980	865.789	736.362
1990	905.675	1.256.250
2000	766.999	841.158
2010	677.947	798.282
2014	714.927	1.464.724

*Quelle:* Statistisches Bundesamt (www.destatis.de), 2016.

Der frühere Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, *Johannes Rau*, fasste die Haltung der SPD zur Familien- bzw. Bevölkerungspolitik in seinem Plädoyer für die Gründung des *Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik* der Universität Bielefeld so zusammen: „Die Aufgabe des Staates ist es nicht, Geburten anzuregen, sondern die Aufgabe des Staates beginnt dann, wenn sich Menschen frei zur Familie und für Kinder entscheiden.“ Im Einzelnen stellte er dazu fest:

*„Erstens: Die Bevölkerungsentwicklung ist nicht dramatisch (...). Zweitens: In diesem Land sollen Eltern frei darüber entscheiden können, ob, wann und wie viele Kinder sie haben wollen. In diesem Bereich hat der Staat nichts zu suchen (...). Kinder sollen um ihrer selbst willen geboren werden (...). Drittens: Wir werden eine aktive Familienpolitik betreiben, ohne jeden Hintergedanken, aber keine Bevölkerungspolitik (...). Viertens: Familienpolitik dient dem Wohl der vorhandenen Familien und der heute lebenden Kinder, nicht der zahlenmäßigen Vergrößerung, um irgendeiner fiktiven Bevölkerungszahl zu genügen (...). Fünftens: Wir werden und wollen zum Bewusstseinswandel beitragen und weiterhin die Bedingungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft schaffen (...).“<sup>16</sup>*

16 *Landtag Nordrhein-Westfalen:* Drucksache 8/5110 v. 29.10.1979, Antwort der Landesregierung auf die

In Deutschland droht nicht die Gefahr einer an die Nazizeit anknüpfenden *Bevölkerungspolitik*. Behauptungen dieser Art haben den Zweck, jede Art von Geburtenförderung zu verhindern. Aber die Frage ist: Soll die Bundesrepublik Deutschland auf alle Zeit auf eine geburtenfördernde Demographiepoltik verzichten und damit ein entscheidendes Instrument ihrer Zukunftsgestaltung aus der Hand geben, indem sie nur die Interessen der *heute* lebenden Kinder, wie es in dem obigen Zitat heißt, berücksichtigt? Darf die Gesellschaft es hinnehmen, dass das Unheil der Nazizeit immer noch Auswirkungen entfaltet, indem es das politische Handeln lähmt und dadurch eine an den Ursachen ansetzende, nachhaltige Gestaltung der demographischen Entwicklung von vornherein verhindert? Politik entfaltet Auswirkungen durch ihr Handeln, aber auch durch ihr Nichthandeln. Die Auswirkungen des Politikverzichts schaden nicht nur Deutschland, denn mit dem demographisch verursachten, geringer werdenden Wachstum des Sozialprodukts geht auch ökonomisches Potenzial für die Unterstützung anderer Länder durch Entwicklungspolitik verloren.

Bundeskanzlerin *Angela Merkel* schweigt zum Thema der niedrigen Geburtenrate, und das Thema Zuwanderungen erledigte sie in ihrer letzten Neujahrsansprache mit einem einzigen Satz: Die Zuwanderung von Menschen ist ein „Gewinn für uns alle“. Ein offensichtlich falscher Satz, denn einige gewinnen durch die Zuwanderung, andere verlieren. Unternehmer profitieren von billigen Arbeitskräften, für die große Zahl der wenig Qualifizierten, zu denen die meisten der schon hier lebenden Migranten gehören, ist sie wegen des Lohndrucks und des erhöhten Arbeitsplatzrisikos von Nachteil.<sup>17</sup> Es stimmt zwar, dass zusätzliche Staatsausgaben für zugewanderte Menschen und Flüchtlinge auch indirekte Wirkungen auf das Bruttosozialprodukt haben, die wie die Auswirkungen eines Konjunkturprogramms allen zugutekommen. Aber auch Ausgaben für die Geburtenförderung würden wie ein Konjunkturprogramm wirken, sie wären nicht weniger als die Ausgaben für Zugewanderte ein „Gewinn für uns alle“.

Die hochentwickelten Länder Europas profitieren genauso wenig von Zuwanderungen wie Deutschland. Dies lässt sich durch eine einfache Überlegung zeigen. Nehmen wir an, ein Land strebe ein hohes Pro-Kopf-Sozialprodukt an, weil dies ein hohes Konsumniveau garantiert und weil dann auch die für eine gute Infrastruktur erforderlichen öffentlichen Mittel bereitstehen. Dabei ist das Ziel eines

Größe Anfrage 22 der Fraktion der CDU, Drucksache 8/3922, sowie *Plenarprotokoll* 8/123, 8326 und 8330.

17 *Sinn, H.-W.*: Ökonomische Effekte der Migration, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, v. 29.12.2014, 301, 18; *ders.*: Warum die Zuwanderung die Staatskasse belastet, in: *FAZ.NET*, v. 02.01.2015.

hohen *Pro-Kopf*-Sozialprodukts in jedem Fall erstrebenswerter als das Ziel eines hohen *absoluten* Sozialprodukts.

In einem Gedankenexperiment stellen wir uns vor, dass die Bevölkerung Deutschlands in zwei große Bundesländer X und Y gegliedert sei, wobei im Bundesland X alle Nicht-Migranten zusammengefasst sind, in Bundesland Y alle Migranten. In einer Untersuchung im Auftrag der *Bertelsmann Stiftung* hat *Holger Bonin* vom *Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung* den schon bekannten Sachverhalt erneut bestätigt, dass die ausländische Bevölkerung „im Vergleich zur deutschen Bevölkerung deutlich niedrigere Beschäftigungsraten und Einkommen hat und häufiger Transferleistungen in Anspruch“<sup>18</sup> nimmt. Dies bedeutet, dass das Pro-Kopf-Einkommen des Bundeslandes Y niedriger ist als das des Bundeslandes X, und dass auch das Pro-Kopf-Einkommen beider Länder X und Y zusammen umso niedriger ist, je höher der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung ist.

Was lässt sich über die Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens der verglichenen Länder X und Y sagen? Die Wachstumsrate eines Quotienten wie des Pro-Kopf-Einkommens ist stets gleich der Differenz aus der Wachstumsrate des Zählers minus der Wachstumsrate des Nenners, also: Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens = Wachstumsrate des Sozialprodukts minus Wachstumsrate der Bevölkerung. Die deutsche Bevölkerung in Land X schrumpft infolge ihres Geburtendefizits, ihre Wachstumsrate ist also negativ. Wenn das Sozialprodukt des Landes X beispielsweise mit 1,5% jährlich zunimmt und die Bevölkerung mit einer Rate von beispielsweise 0,5% pro Jahr abnimmt, erhöht sich das Pro-Kopf-Einkommen im Land X um 2,0% pro Jahr.

Die ausländische Bevölkerung des Landes Y wächst jedes Jahr durch neue Zuwanderungen sowie durch ihre Geburtenüberschüsse. Diese Geburtenüberschüsse beruhen auf ihrer jungen Altersstruktur, nicht auf einer über dem Bestandserhaltungsniveau liegenden Geburtenrate. Die negative Wirkung der unter dem Bestandserhaltungsniveau liegenden Geburtenrate auf die Geburtenzahl wird jedoch durch die positive Wirkung der jungen Altersstruktur der Migranten so stark überkompensiert, dass die Zahl der Geburten höher als die der Sterbefälle ist und Geburtenüberschüsse die Folge sind.

Selbst wenn das Sozialprodukt des Landes Y (trotz des wesentlich niedrigeren Qualifikationsniveaus seiner Bevölkerung) ebenfalls mit einer Wachstumsrate von

18 *Bonin, H.*: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, hrsg. v. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2014, hier 16, siehe unter [http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/Bonin\\_Beitrag\\_Zuwanderung\\_zum\\_dt\\_Staatshaushalt\\_141204\\_nm.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf).

1,5% zunahme wie in Land X, dann betrüge die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens von Land Y bei einer Wachstumsrate seiner Bevölkerung von beispielsweise 0,5% nur 1,0%, sie wäre also nur halb so hoch wie die des Landes X. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass die Wachstumsrate des Sozialprodukts von Land Y wegen seines Bevölkerungswachstums höher ist als die in Land X, also beispielsweise 2,0% statt 1,5% beträgt, wäre die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens kleiner als in Land X, in diesem Fall betrüge sie 1,5%.

Dies bedeutet: Je mehr Zuwanderungen Deutschland aufnimmt, desto geringer ist das Niveau und die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens. An diesem Ergebnis ändert sich nichts, wenn man annimmt, dass sich in Zukunft das Bildungsniveau der zugewanderten Bevölkerung dem der deutschen annähert, wie das in der *Bertelsmann Studie* unterstellt wird.

Diese allgemeinen Überlegungen wurden durch die *Bertelsmann Studie* empirisch bestätigt. So hat *Bonin* festgestellt, dass die Bilanz der individuell zurechenbaren, geleisteten und empfangenen Zahlungen an den Staat, der sogenannte *Finanzierungsbeitrag*, bei Deutschen 2012 im Durchschnitt pro Kopf höher war als bei Ausländern: 4.000€ gegen 3.300€. <sup>19</sup> *Bonin* stellte ferner fest:

*„Wählt man die vorausschauende Perspektive der Generationenkonten, (...) haben in der ausländischen Bevölkerung erheblich weniger Jahrgänge eine positive Generationenbilanz als in der deutschen Bevölkerung. Ausländer, die 2012 geboren wurden, werden unter Status-quo-Bedingungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg im Gegenwartswert durchschnittlich rund 44.100€ mehr an Transfers erhalten, als sie an Steuern und Beiträgen zahlen. Dagegen erbringen die 2012 geborenen Deutschen einen deutlich positiven Finanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten. Sie zahlen im Lebensverlauf durchschnittlich rund 110.800€ mehr an Steuern und Beiträgen, als sie an individuell zurechenbaren Transfers empfangen.“*<sup>20</sup>

Gewichtet man die Generationenkonten mit der Bevölkerungsstruktur im Ausgangsjahr, ergibt sich nach *Bonin* ein Finanzierungsbeitrag pro Kopf der deutschen Bevölkerung von 88.500€, pro Kopf der ausländischen von 22.300€. <sup>21</sup>

In einer weiteren Rechnung berücksichtigt *Bonin* nicht nur die individuell zurechenbaren Zahlungsströme, sondern auch die vom Staat im Durchschnitt pro Kopf

<sup>19</sup> *Ibid.*, a. a. O., 27.

<sup>20</sup> *Ibid.*, a. a. O., 30.

<sup>21</sup> *Ibid.*, a. a. O., 32.

eines Bürgers aufgewendeten Allgemeinen Staatsausgaben für Infrastruktureinrichtungen und für Verwaltungsleistungen. Auch in diesem Fall ergibt sich ein Gefälle zugunsten der Deutschen: „Jedes Neugeborene schafft über den ganzen Lebensverlauf gerechnet ein ganz erhebliches Defizit: Bei Ausländerkindern steht ein Kohortendefizit von 196.000€, bei den Deutschen von immerhin noch 41.100€ zu Buche. Dieselben Werte ergeben sich dem Prinzip nach auch für alle künftig geborenen Generationen, soweit sie sich fiskalisch wie ihre Eltern verhalten werden und der Staat in Zukunft nicht bei den allgemeinen öffentlichen Ausgaben spart.“<sup>22</sup>

*Bonin* beschließt seine Berechnungen durch eine überraschende Selbstzensur und ein selbstaufgelegtes Denkverbot bezüglich der eigenen Forschungsergebnisse: „Vor allem darf man daraus nicht schlussfolgern, dass bei einer umfassenden Bilanzierung, welche die fehlende Nachhaltigkeit der gegenwärtigen deutschen Fiskalpolitik mit in Rechnung stellt, die Ausländer eine fiskalische Last für die Deutschen darstellen.“<sup>23</sup> Dass *Bonin* seine Ergebnisse veröffentlicht und in der gleichen Veröffentlichung dazu auffordert, sich von ihnen zu distanzieren, ist ein beispielloser Versuch der Meinungsmanipulation, dem sich die *Bertelsmann Stiftung* anschließt, indem sie gleich im ersten Satz des Vorworts den Inhalt der Studie in sein Gegenteil verkehrt und behauptet: „Deutschland profitiert von Zuwanderung“. Der falsche Satz wird von Politik und Medien gebetsmühlenartig wiederholt. Aber wer diese Ansicht vertritt, wird durch die *Bertelsmann Studie* nicht bestätigt, sondern widerlegt.

## V. Resümee: Deutschland hätte das Potenzial für eine der höchsten Geburtenraten Europas

Die Stärke der Familien in Deutschland wird verkannt: Zwei Drittel der Menschen haben Kinder, und zwar seit Jahrzehnten unverändert die ideale Zahl von durchschnittlich zwei pro Frau. Deutschland hat nur deshalb eine der niedrigsten statt eine der höchsten Geburtenraten Europas, weil ein immer größerer Teil der Bevölkerung lebenslang überhaupt keine Kinder hat. Der Prozentsatz der Kinderlosen an einem Jahrgang erhöhte sich von etwa 5 bis 10% bei den um 1930 Geborenen bis zum Jahrgang 1970 auf den internationalen Spitzenwert von 30%.

Die Konsequenz sind fünf Problemfelder bzw. Verteilungskonflikte, die ich als die *fünf demographischen Plagen* bezeichne, weil sie Deutschland auf Jahrzehnte

<sup>22</sup> *Ibid.*, a. a. O., 36.

<sup>23</sup> *Ibid.*, a. a. O., 38.



hinaus stark belasten werden:

Erstens entstehen durch die wachsenden Versorgungslasten Verteilungskonflikte *zwischen* den alten und jungen Generationen.

Zweitens bestehen Verteilungskonflikte *innerhalb* jeder alten und jeder jungen Generation zwischen Menschen mit bzw. ohne Nachkommen, weil die kinderlos gebliebenen Menschen im Alter von den Kindern anderer mitversorgt werden müssen.

Drittens bestehen Konflikte zwischen den demographischen Entleerungsgebieten einerseits und den demographisch wachsenden Landeshauptstädten und Metropolregionen andererseits, die ihre demographischen Defizite durch Zuwanderungen Jüngerer aus den Entleerungsgebieten verringern. Durch den Zustrom aus dem Ausland erhöht sich das Wachstum der Metropolregionen und Landeshauptstädte noch mehr, ohne dass sich die Schrumpfung der Entleerungsgebiete dadurch merklich verringert.

Viertens gibt es Verteilungskonflikte zwischen Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund, denn Migranten leben auf Grund ihrer im Durchschnitt wesentlich schlechteren schulischen und beruflichen Qualifikationen zu einem viel höheren Anteil von Sozialtransfers.

Fünftens entstehen gravierende Interessenunterschiede zwischen den Ländern im Norden und Süden Europas, denn die Finanzkrise entstand nicht zuletzt aus der Schuldenaufnahme zur Finanzierung der demographischen Lasten der sozialen Sicherungssysteme in den südlichen Ländern mit niedrigen Geburtenraten, vor allem in Griechenland.

Es gibt wirksame Konzepte für eine Demographiepolitik mit demokratischen Zielen und Mitteln, die nicht umgesetzt werden. Das bewusste Nicht-Handeln auf diesem Gebiet wirkt sich wie eine gegen Geburten und gegen Familien gerichtete negative Art von *Bevölkerungspolitik* aus. Dies verstärkt die Alterung und perpetuiert die Schrumpfung der nachrückenden und jüngeren Bevölkerungsgruppen. Politiker, die wie der frühere Bundespräsident *Horst Köhler* das demographische Problem als eine *Chance* oder als *Lösung* für andere Probleme darstellen oder für Zuwanderungen statt für eine Erhöhung der Geburtenrate mittels einer Förderung von Familien mit Kindern eintreten, führen das Land sehenden Auges in eine Sackgasse.

Alt-Bundespräsident *Horst Köhler* forderte in seiner programmatischen Rede zum Auftakt der von ihm konzipierten Demographiekonferenzen 2005 in Berlin die

Öffentlichkeit auf, die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland als ein Mittel zur Dämpfung des Wachstums der Weltbevölkerung in Erwägung zu ziehen. Damit zeigte er, dass die Geburt von Kindern durch die Politik durchaus als Mittel zum Zweck und keineswegs – wie es in dem zitierten Plenarprotokoll des Landtags von Nordrhein-Westfalen heißt – „um ihrer selbst willen“ betrachtet wird.<sup>24</sup> Dabei ist das von Köhler vorgeschlagene Mittel zur Dämpfung des Weltbevölkerungswachstums völlig untauglich, weil die Weltbevölkerung jedes Jahr um die Bevölkerungszahl Deutschlands zunimmt. Am Wachstum der Weltbevölkerung würde nicht einmal das völlige Verschwinden Deutschlands etwas ändern können. Die frühere Bundesministerin für Bildung und Forschung, *Annette Schavan*, stellte das von ihr ausgerufene *Wissenschaftsjahr 2013* sogar unter das Motto: „die demographische Chance“. Aber wenn *Schavan* und die meisten anderen hochrangigen Politiker in den demographischen Problemen vorwiegend „Chancen“ sehen, ist dies im höchsten Maße realitätsfern und beschönigend.

Zuwanderungen können nur die Schrumpfung, aber nicht die Alterung der europäischen Gesellschaften stoppen. Denn die Alterung beruht entgegen einer weitverbreiteten Meinung nicht in erster Linie auf der steigenden Lebenserwartung. Das Durchschnittsalter steigt in erster Linie durch die schrumpfende Zahl der nachwachsenden Jüngeren, also durch die nicht mehr änderbare Abnahme der Geburtenrate in der Vergangenheit, und erst in zweiter Linie durch das Wachstum der Lebenserwartung. Da die Geburtenrate auch bei den Zuwanderern unter dem für die Bestandserhaltung erforderlichen Niveau von zwei Kindern pro Frau liegt, altert auch die zugewanderte Bevölkerungsgruppe, und sie würde ohne immer neue Zuwanderungen ebenfalls schrumpfen. Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen hat für Deutschland berechnet, dass jedes Jahr netto rund dreieinhalb Millionen Jüngere zuwandern müssten, wenn man dadurch die Alterung – genauer: den Altenquotienten<sup>25</sup> – stoppen wollte!<sup>26</sup>

Mit Zuwanderungen können bestenfalls bestimmte Folgen des demographischen Problems, wie die Arbeitskräfteknappheit in bestimmten Berufen, bekämpft

24 Rede von Bundespräsident *Horst Köhler* bei der Konferenz *Demographischer Wandel* am 06.12.2005 in Berlin, in: *Bundespräsidialamt*: Pressemitteilung v. 06.12.2005, 5. Warum die zitierte Stelle, die in der schriftlichen, vor der Rede verteilten Pressemitteilung enthalten ist, in der späteren amtlichen Dokumentation der Rede eliminiert wurde, ist rätselhaft. Könnte es vielleicht mit meiner in der Diskussion nach der Rede geäußerten Kritik zusammenhängen?

25 Altenquotient = Verhältnis aus der Zahl der über 65-Jährigen zur Zahl der 15- bis 64-Jährigen.

26 *United Nations Population Division, Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?*, New York, 2011. Siehe auch Tab. 1 bei *Birg, H.*: Strategische Optionen der Familien- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa, in: *Leipert, C.* (Hg.): *Demographie und Wohlstand*, Opladen, 2003, 27–56, hier 36.

werden. Aber an der Verfassungswidrigkeit des Sozialen Sicherungssystems können Zuwanderungen nicht das Geringste ändern, im Gegenteil: Durch die Zuwanderung entstehen sogar weitere Ungerechtigkeiten in den Herkunftsländern der Migranten. Denn die Eltern der Migranten haben von den in Deutschland entrichteten Beitrags- und Steuerzahlungen ihrer Kinder gar nichts, sie profitieren nur von deren privaten Überweisungen. Auf staatlicher Ebene gibt es keine Kompensationszahlung zwischen den sozialen Sicherungssystemen der Ziel- und Herkunftsländer. Die systematische Kompensation eigener demographischer Defizite durch Zuwanderungen Jüngerer aus weniger entwickelten Ländern ist realistisch betrachtet eine Art demographischer Kolonialismus, der den Zusammenhalt der Zuzugs- und Herkunftsländer inner- und außerhalb der Europäischen Union untergräbt.

Zugewanderte Arbeitskräfte unterstützen durch ihre Überweisungen in die Heimatländer zwar ihre Angehörigen und sie erleichtern dadurch den Herkunftsländern das Überleben, aber dem steht ein immenser Schaden gegenüber, weil dies die Ausbeutung der armen durch die reichen Länder nicht ändert, sondern perpetuiert. Statt Arbeitskräfte in die reichen Länder zu holen, um dort Arbeitsplätze zu besetzen, sollten die Investitionen aus den reichen Ländern in die armen gelenkt werden, um dort die fehlenden Arbeitsplätze zu schaffen, zumal dies volkswirtschaftlich für beide Ländergruppen wesentlich vorteilhafter wäre, und weil die internationale Mobilität des Kapitals viel höher und mit geringeren wirtschaftlichen (sowie sozialen und menschlichen) Kosten verbunden ist als die Mobilität der Arbeitskräfte.

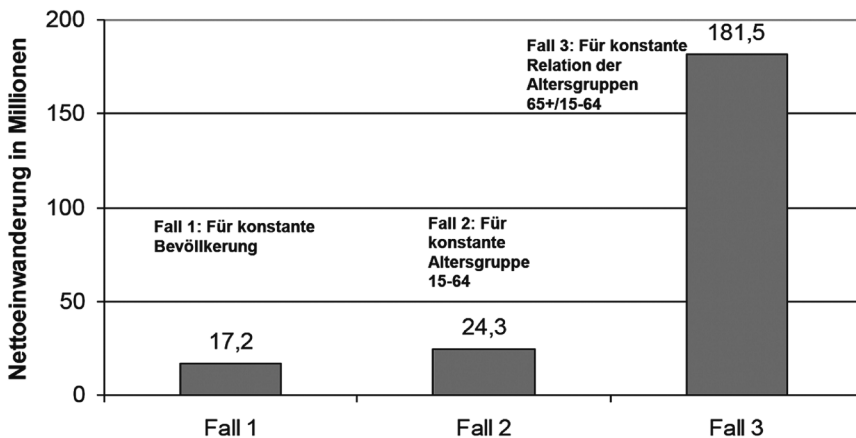
Angesichts der gegenwärtig besonders hohen Zuwanderungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden fragen sich viele, ob das demographische Problem Deutschlands jetzt gelöst sei. Natürlich können die hohen Zuwanderungen, falls sie von Dauer sind, Deutschlands Bevölkerungsschrumpfung stoppen oder sogar in ein Wachstum umkehren, wie es zurzeit geschieht. Allerdings bedeutet dies, dass die demographisch wachsenden Metropolregionen und Landeshauptstädte noch schneller wachsen, ohne dass dadurch das Schrumpfen der Entleerungsgebiete gestoppt würde.

Die Zuwanderung ist keine Lösung für das demographische Problem Deutschlands, sie ist vielmehr eine Verschärfung von dessen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen. Denn das Hauptproblem besteht darin, dass das Verhältnis aus der Zahl der zu versorgenden Älteren und der Zahl der Personen im Erwerbsalter (= Altenquotient) auch bei hohen Zuwanderungen jüngerer Men-

schen in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit auf mehr als das Doppelte zunimmt,<sup>27</sup> so dass unsere sozialen Sicherungssysteme funktionsunfähig werden und das Wirtschaftswachstum erlahmt.

Wollte man dieses entscheidende Verhältnis durch die Zuwanderung junger Menschen konstant halten, dann müssten nach den zitierten Berechnungen der Vereinten Nationen im Zeitraum 2000-2050 rund 182 Millionen Menschen mehr nach Deutschland zuwandern als abwandern, jedes Jahr also netto 3,6 Millionen (Abb. 8, dritte Säule). Diese Menschen mit Arbeitsplätzen zu versorgen wäre unmöglich, aber als Arbeitslose würden sie mehr Probleme schaffen als lösen.

Abbildung 8: Theoretisch erforderliche Nettoeinwanderung nach Deutschland im Zeitraum 2000-2050



Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Daten der UN Population Division, *Replacement Migration: Is it a Solution to Declining and Ageing Populations?*, Working Paper 160, New York, 2000, spätere Ausgabe 2010 im Internet, dort inzwischen nicht mehr abrufbar. Dokumentation der Hauptergebnisse in gedruckter Form bei Birg. H.: *Strategische Optionen der Familien- und Migrationspolitik*, a. a. O., 34–36.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes vom März 2016 sind 2015 nicht 3,6 Millionen netto zugezogen, sondern *nur* 1,4 Millionen, brutto waren es rund 2 Millionen. Diese Zugezogenen sind zwar jünger als die Einheimischen und senken den demographischen Altenquotienten geringfügig, aber weil

27 Bei dieser Betrachtung spielt neben der Größe der Altersgruppen auch der Prozentsatz der Erwerbstätigen an der jeweiligen Altersgruppe (=Erwerbsquote) eine entscheidende Rolle. Da die Erwerbsquote der Zugewanderten deutlich niedriger ist als die der Einheimischen, nimmt der so differenzierte Altenquotient besonders stark zu.

sie zu einem wesentlich höheren Prozentsatz erwerbslos sind als die Einheimischen, öffnet sich die Schere zwischen der Zahl der zu Versorgenden und der Zahl der Sozialbeiträge und Steuern zahlenden Erwerbstätigen durch die Zuwanderungen noch weiter, statt sich zu schließen. Durch die hohen Zuwanderungen werden sich die negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Deutschlands Demographieproblem nicht verringern, sondern verstärken.